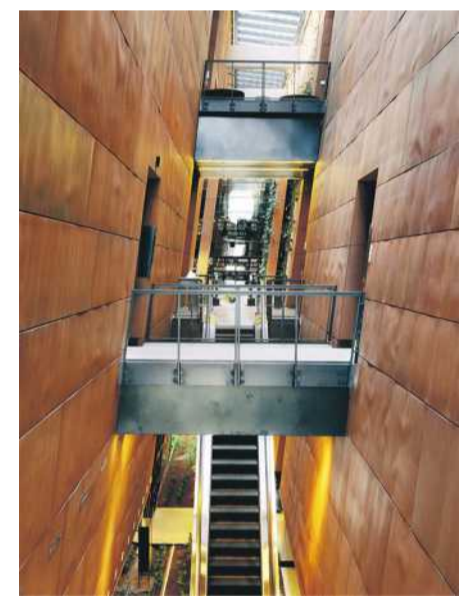


Das Gebäude wurde 2014 eröffnet und erinnert an den Bug eines Schiffes. Drinnen sieht man auch Schutzschilder von Polizeimilizen, die einst versuchten, den Widerstand der Gewerkschafter zu brechen



Ins Solidarność-Zentrum in Danzig an der polnischen Ostsee kommen jährlich rund eine Million Besucher. Ausgestellt sind dort zum Beispiel Helme der einstigen aufständischen Werftarbeiter (Mitte oben)



House of Solidarność

Ein Museum in Danzig würdigt die Leistung der berühmten polnischen Gewerkschaft. Es ist unglaublich erfolgreich, aber auch politisch hoch umkämpft. Taugt es wirklich als Vorbild für das neue Zukunftszentrum in Halle? VON MASCHA MALBURG UND MARTIN PAUER (FOTOS)

ANZEIGE

5x DIE ZEIT für nur 5 € testen

Lesen Sie 5 Wochen lang DIE ZEIT gedruckt oder digital für nur 5,- €, und erfahren Sie jede Woche das Wichtigste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Dieses Angebot gilt nur für kurze Zeit!



Jetzt bestellen:
040/42 23 70 70*
zeit.de/5-euro



Fünf junge Studenten aus London lassen sich an einem Montag im März in einem der erfolgreichsten Museen Polens auf eine Couch plumpsen. Gerade haben sie die Ausstellung im Europäischen Solidarność-Zentrum in Danzig gesehen. Wie war's? »Really cool!«, finden vier. Die Fünfte hält sich erst mal zurück. »Ich kann verstehen«, sagt sie schließlich, »dass andere das Museum kritisieren.« Sie ist in Danzig geboren. Im Gegensatz zu ihren britischen Mitbewohnern kennt sie die Debatte, die in Polen um dieses Haus tobt. »Meine Eltern würden hier keinen Fuß reinsetzen«, erzählt sie.

Sehr viele Polen kennen das Solidarność-Zentrum. Es zählt jährlich eine knappe Million Besucher aus dem In- und Ausland, mehr als das Haus der Geschichte in Bonn. Und seit einiger Zeit wird es auch von bestimmten deutschen Delegationen aufgesucht. Von Politikern wie dem Ostbeauftragten der Bundesregierung, Carsten Schneider. Oder dem Bürgermeister von Halle an der Saale, Egbert Geier (beide SPD). Sie wollen sich vom Solidarność-Haus etwas abgucken, sich inspirieren lassen. Denn das ist so etwas wie das heimliche Vorbild eines deutschen Prestigeprojekts: des sogenannten Zukunftszentrums.

In den kommenden Jahren wird dieses Zukunftszentrum für 200 Millionen Euro in Halle errichtet (siehe Text unten). Hinter seinen Fassaden sollen die Lebensleistungen der Ostdeutschen gewürdigt werden, heißt es vonseiten der Bundesregierung. Das Zentrum soll eine Mischung aus Museum, Begegnungs- und Forschungshaus sein, Massen an Besuchern anlocken. Aber wie gelingt das? Und taucht Danzig mit seinem erfolgreichen, aber eben auch umstrittenen Haus wirklich als Vorbild?

Basil Kerski hat Fragen wie diese schon oft gehört. Er ist es, der das Solidarność-Zentrum mit aufgebaut hat und es heute leitet. Gleichzeitig saß er in der Jury, die vor einigen Wochen entschied, wo das deutsche Zukunftszentrum entsteht.

Kerski empfängt zum Gespräch in seinem Büro im vierten Stock des Zentrums. »Das hier«, sagt er und zeigt aus dem weiten Fenster, »war bis vor zehn Jahren eine tote Ecke.«

Verrostete Werkhallen, zerschmissene Scheiben, ein paar Trampelpfade ins Nichts. Einst schweißten an diesem Ort mehr als 15.000 Arbeiter Schiffe zusammen. Und im August 1980, am Werftort Nummer zwei, verkündete der Elektriker Lech Wałęsa die Gründung der ersten unabhängigen Gewerkschaft des Ostblocks, der Solidarność. Sie bekehrte von da an gegen den Kommunismus auf und begründete später die heutige Demokratie in Polen.

Die historische Werft selbst wurde nach 1990 privatisiert und erheblich verkleinert, die Geburtsstätte der Solidarność verkam zur Brache. Bis die Stadt 2007 entschied, den Ort wieder ins kollektive

Gedächtnis zu rufen und hier ein Museum zu errichten, eben das Europäische Solidarność-Zentrum. »Obwohl das Gelände in einem schrecklichen Zustand war, habe ich mich – ich habe das gar nicht erwartet – ich habe mich richtig verliebt«, sagt Basil Kerski.

Der Museumsleiter ist in Danzig geboren und in Berlin zur Schule gegangen. Er ist ein deutsch-polnischer Journalist und Politikwissenschaftler, ein Intellektueller. Wenn er spricht und dabei nach dem richtigen, dem präzisen Wort für etwas sucht, rasen seine Pupillen von links nach rechts, als würde er es so schneller zu fassen bekommen. Stellt man ihm eine Frage, antwortet er auch auf viele andere, solche, auf die man selbst vielleicht gar nicht gekommen wäre.

Als Kerski sich vor zwölf Jahren auf die Stelle des künftigen Museumsdirektors in Danzig bewirbt, stürzen sich rechtspopulistische Medien auf seine Person. Einige Journalisten ereifern sich bis heute darüber, ob er als Sohn eines Irakers mit deutschem Pass »polnisch genug« für den Job sei. Kerski wird als »deutscher Agent« verunglimpft, auch rassistisch angegangen. »Die ersten Monate hatte ich den Eindruck, ich bin wie ein Tier im Zoo. Alle kamen und schauten: Kann der überhaupt Polnisch?«, sagt er.

Aber Kerski setzt sich durch. Ab 2011 konzipieren er und sein Team auf dem Gelände der einstigen Werft einen Ort, der die Leistungen der Gewerkschaft würdigt. Und ihre Wirkung auf ganz Europa. Denn nach dem Selbstverständnis des Zentrums traten die streikenden Werftarbeiter von Danzig schon in den Achtzigern eine Welle los, deren Wucht sich später auf dem ganzen Kontinent potenzierte und die Mauer fallen sowie weitere Diktaturen im sogenannten Ostblock zusammenbrechen ließ.

Von Beginn an ist klar: Es wird herausfordernd, die Ausstellung so zu gestalten, dass alle Polen sich darin wiedererkennen. Denn die Gewerkschaft hat sehr verschiedene Erben. Kurz nach ihrer Gründung schlossen sich ihr zehn Millionen Mitglieder an, ein knappes Drittel der damaligen Bevölkerung. 1990 wurde Lech Wałęsa, der einst den Streik der Arbeiter anführte, zum ersten Präsidenten des freien Polens gewählt. Heute verstehen sich die zwei stärksten politischen Parteien als Verfechter des Erbes der Solidarność: Die Bürgerplattform PO pocht auf die liberalen und europäischen Werte der Gewerkschaft, während die rechtspopulistische PiS ihren Kampf um nationale Unabhängigkeit betont. Und obgleich die alte Gewerkschaft, die es noch gibt, an Bedeutung und Mitgliedern verloren hat – als politisches Symbol wiegt sie schwer. »Wir haben heute noch Millionen Menschen, die mit Recht behaupten: Das ist auch meine Familiengeschichte«, sagt Kerski.

Vor den wachsenden Augen all jener Erben also wachsen ab 2011 an der Danziger Werft die Stahlträger des Zentrums in die Höhe. Kerski organisiert Rundgänge auf der Baustelle, lädt die zerstrittenen

Parteien an einen Tisch. Der große Nationalheld Lech Wałęsa, der sich zum damaligen Zeitpunkt mit dem Danziger Oberbürgermeister überworfen hat, ist skeptisch gegenüber dem Projekt. Doch nach einiger Überzeugungsarbeit begrüßt er bei der Eröffnung 2014 die Besucher am historischen Werftort Nummer zwei – das nun nicht mehr auf eine Brachlandschaft führt, sondern zum Haupteingang eines 30.000 Quadratmeter großen Neubaus.

Der Architekt des Zentrums hat als Student in der Werft gearbeitet. Er entwarf ein Gebäude, das aus der Vogelperspektive an den Bug eines Schiffes erinnert, seitlich in eine Welle geneigt. Die Bordwände sind aus einem Stahl, der aussieht, als würde er rosten, obgleich die Witterung ihm nichts anhaben kann. Drinnen wachsen über vier Etagen Bäume ins offene Foyer. Und man fragt sich angesichts der Größe, ob auch ein

zerschmetterten Werftort auf dem Boden. Kerski sagt: »Man muss die Geschichte faktisch richtig und neutral erzählen, aber auch die Emotionen der Zeit vermitteln: all die Ängste und Hoffnungen.«

Dass es heute Menschen in Polen gibt, die dieses Haus nicht betreten würden, liegt wohl kaum an der Dauerausstellung. Sie würdigt die vielfältigen Akteure der Gewerkschaft, zeigt ihre Gesichter – ob sie nun heute der Regierungspartei PiS angehören oder der Opposition. Vielmehr polarisiert das Haus in den restlichen Räumen. Und zwar mit Kerskis politischem Kulturprogramm, das im Namen der Solidarność die Geschichte der Bewegung fortschreibt – in einer Version, auf die sich nicht alle Polen einigen können.

Aus Sicht des Direktors wurde mit der Solidarność eine Revolution begonnen, deren Werte noch immer verteidigt werden müssten: zum Beispiel Freiheit, Gleichheit, Toleranz gegenüber Minderheiten, ein Kontinent ohne Mauern und Einflusssphären. All das sei »durch neue nationalistische und autoritäre Politik europaweit bedroht«, sagt er. Kerski drückt das nicht so deutlich aus, aber offenbar meint er damit auch die PiS.

Was natürlich Sprengkraft birgt: Denn so würde implizit den früheren Gewerkschaftern in der Partei unterstellt, ihre Ideale verraten zu haben.

In der Praxis gestaltet sich dieser Konflikt zum Beispiel so: Nachdem die PiS Abtreibungen per Gesetz kriminalisiert hat, lässt Kerski junge Frauen, die sich gegen so eine Politik wehren wollen, in seinem Zentrum zusammenkommen. Schließlich, so argumentiert der Direktor, gehe es hier um das Recht auf Selbstbestimmung, für das auch die Solidarność kämpfte. Seine Interpretation der einstigen Ziele geht durchaus weit. Denn ist es wirklich so, dass die teils erzkatholischen Werftarbeiter von 1980 für das Recht auf Abtreibung kämpfen oder gekämpft hätten? Oder für die Rechte lesbischer, schwuler oder transsexueller Menschen? Kerski jedenfalls ließ Vereinen aus der LGBTQ-Szene auf der dritten Etage seines Zentrums Postfächer einrichten, um sie so vor möglichen Angriffen zu schützen. »Wir sind auch ein Rückzugsraum für alle, die von der PiS offen angefeindet werden«, sagt er. »Natürlich fallen der PiS diese Aktivitäten besonders auf.«

2018 kommt es zum Eklat zwischen der Partei und ihr: Sie droht, dem Zentrum öffentliche Gelder zu kürzen. Die Geschichte werde im Solidarność-Zentrum einseitig interpretiert, klagt ein Vertreter des Kulturministeriums damals in einem Interview. Aktuelle Ereignisse würden ideologisch bewertet. Das Ministerium fordert, im Haus eine eigene Abteilung mit zehn Mitarbeitern zu betreiben, die die Solidarność aus ihrer Perspektive aufarbeitet, und will fortan einen Vizerektor stellen. Sonst werde es drei Millionen Złoty weniger an das Zentrum überweisen. Kerski lehnt ab – und bittet die Zivilgesellschaft um Hilfe. Innerhalb von zwei Wochen spenden Bürger das Doppelte der Summe. Kurz darauf gründet das Kulturministerium gemeinsam mit der alten, heute PiS-nahen Gewerkschaft ein

eigenes »Institut für das Erbe der Solidarność« in Danzig – und leitet die drei Millionen Złoty aus Kerskis früherem Budget dorthin.

Aus Stapeln auf der Fensterbank seines Büros zieht Kerski das Statut seines Zentrums hervor. Es wurde einst vom Kulturministerium mitgetragen. Das Papier gebe ihm ein gutes Gefühl, sagt Kerski und beginnt vorzulesen. Gesellschaftliche Aufgabe des Zentrums sei es, »die Errungenschaften der Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Menschenrechte mit denen zu teilen, die heute von ihnen ausgeschlossen sind«. Und: »die aktive Beteiligung am Aufbau einer europäischen Identität und einer neuen internationalen Ordnung«. Kerski überlegt. »Manchmal frage ich mich, ob wir mutig genug sind, um diesen Anspruch zu verwirklichen.«

Kann Halle von ihm etwas lernen? Braucht Deutschland ein Zentrum, das aus der Geschichte des Ostens ableitet, welche Ideale heute verteidigt werden sollten? Das Debatten anfacht, so allerdings auch die Polarisierung der Gesellschaft womöglich befördert? Schon bislang deutete sich an, dass Politiker der AfD dem Zukunftszentrum skeptisch gegenüberstehen. »Ostdeutsche sollen dort umgezogen werden«, sagte vor einiger Zeit die Brandenburger AfD-Abgeordnete Daniela Oeynhaus.

Zunächst einmal müsse sich auch das Zukunftszentrum darauf vorbereiten, was es bedeute, »eine noch in den Erinnerungen der Menschen lebendige Geschichte zu erzählen, während die wichtigsten Zeitzeugen und Protagonisten leben«, sagt Kerski. Und was rät er inhaltlich? Anders als in Danzig soll in Halle – so hat es die Bundesregierung beschlossen – kein Museum der Friedlichen Revolution entstehen. Sondern eines über die Umbrüche in den Jahren danach.

Kerski findet, auch das deutsche Zentrum müsse eine europäische Perspektive einnehmen. Lange sei das Ziel der Transformation in Deutschland nur die Einheit gewesen »und Wohlstand für alle«. Er sieht die Ostdeutschen aber, genau wie die Polen, Ukrainer oder Belarussen, in einer Kontinuität des Widerstands gegen die Diktatur – bis heute. Er sagt: »Spätestens der Angriff Russlands zwang uns doch wahrzunehmen, dass die Ziele der einstigen Freiheitskämpfer, sei es in Leipzig oder Danzig, noch nicht überall erreicht sind.« Folgt aus 1989 also die Pflicht, sich mit Freiheitsbewegungen grundsätzlich zu solidarisieren? Und wie kommt es dann, nur zum Beispiel, dass Umfragen zufolge nach gerade in Ostdeutschland die Skepsis gegenüber Waffenlieferungen an die Ukraine groß ist? Geht es nach Kerski, soll sich das Zukunftszentrum mit Fragen wie diesen nicht nur beschäftigen. Es soll sie mit »Zivilcourage«, wie er es formuliert, beantworten.

Noch hat die Bundesregierung nicht verraten, ob sie das auch so sieht. Aber die Auswahl einer künftigen Zentrumsleitung könnte einen ersten Hinweis geben. Ob die Chefin oder der Chef sich Kerski zum Vorbild nimmt? Das wird jedenfalls eine der ersten Fragen sein, auf die sie oder er sich gefasst machen könnte.



Basil Kerski, 53, leitet das Zentrum. Er lebt in Danzig und Berlin

echtes Frachtschiff hineinpassen würde. In jedem Fall ist Platz nicht nur für eine Ausstellung. Das Zentrum beherbergt Veranstaltungssäle, Archive, ein Kino.

Nicht nur die Architektur, auch die Ausstellung bleibt zunächst ganz nah bei den Werftarbeitern. Der erste Saal präsentiert ihre Steckkartenkästen, Umkleiden und Werkzeuge. Hier steht die Steuerkabine der rebellischen Kranfahrerin Anna Walentyńcowa. Ihr Rauswurf hat den Streik von 1980 provoziert. Daneben hängen die zwei Holztafeln, auf denen die Arbeiter ihre Forderungen in Großbuchstaben schrieben. Die kurzen Erklärtexte an den Wänden, die durch die Ausstellung leiten, füllen ausgedruckt gerade einmal 30 DIN-A4-Seiten. Sie erzählen ein Heldenepos in sieben Akten. Mal sieht man mehr als 2000 gelbe Schutzhelme von der Decke leuchten, mal liegen die von Polizeipanzern

Zukunft in Planung

Die Bundesregierung hat kürzlich versprochen, einen Prachtbau in Halle zu errichten. Vier Fragen und Antworten dazu, wie es nun weitergeht

Wann soll das Zukunftszentrum entstehen?

Als vor einigen Jahren die Idee entstand, dem Osten ein großes, repräsentatives Zentrum zu schenken, eine Mischung aus Museum und Veranstaltungshaus, soll die Bundesregierung unter Angela Merkel (CDU) zunächst etwas reserviert reagiert haben. Denn würden nicht am Ende die Ost-Ministerpräsidenten bloß darum streiten, wo genau es nun stehen soll? Das waren die Bedenken. Man entschied sich schließlich dafür, einen Städteettbewerb zu veranstalten. Der endete im Februar mit dem Votum der Jury für den Standort Halle an der Saale. Der Ministerpräsidenten-Streit kam darum nicht auf. Und immerhin blieb der Wettbewerb noch einigermaßen im Zeitplan. Aber wird das so weitergehen?

Bis 2028 soll das Haus stehen. Öffentlich darüber sprechen will derzeit niemand aus dem Büro des Ostbeauftragten der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD). Denn gerade befindet man sich in internen Abstimmungen. Was Schneider offenbar hemmt, ist die Tatsache, dass die Bundesregierung ihren Haushalt noch nicht beschlossen hat. Und ohne Haushalt auch keine Planungssicherheit fürs Zukunftszentrum.

Läuft alles wie gedacht, soll noch in diesem Jahr ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben werden. Abschließen will man ihn bis Ende 2024.

Bleibt es bei diesem schwammigen Namen?

Eigentlich soll das Zukunftszentrum ein Haus werden, das den Umbruch des deutschen und europäischen Ostens nach 1990 zeigt. Ein Transformationszentrum. Das aber klang den Ideengebern um Matthias Platzeck, einst Ministerpräsident Brandenburgs (SPD), zu akademisch, zu öde, zu wenig eingängig. Man einigte sich auf einen eher wolkigen Titel: Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation. Basil Kerski, Leiter des Solidarność-Zentrums in Danzig (siehe Text oben), hat diesen erst kürzlich als zu sperrig kritisiert. »Damit kann keiner etwas anfangen.« Was also wäre präziser? Haus der Veränderungen? Oder »Europäisches Zentrum für Demokratie«, wie es Kerski vorschlägt? Katrin Budde, eine SPD-Bundestagsabgeordnete, die schon den Städteettbewerb

organisierte, sagt, sie sei da selbst nicht entschieden. Beziehungsweise neugierig auf Vorschläge.

Und wer wird nun Chefin oder Chef?

Das ist die für die Zukunft des Zukunftszentrums relevanteste Frage. Ernennet die Bundesregierung einen Museumsprofi, der weiß, wie man gute Ausstellungen macht? Oder einen politischen Kopf, der sich vor allem in gesellschaftliche Debatten werfen will? Katrin Budde sagt, bis zum Ende der Legislatur, also spätestens 2025, solle entschieden sein, wer das Haus leitet. Namen will sie noch keine ins Spiel bringen. Anders als der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk, der einst die Idee für das Zentrum mitentwickelte. Kowalczyk sagt, es brauche einen Gründungsdirektor, der Profi ist im Aufbauen einer solchen Institution, einen wie Thomas Krüger, früherer Bürgerrechtler. Krüger leitet seit 23 Jahren die Bundeszentrale für politische Bildung. Aber er, 63, wäre längst Rentner, wenn das Haus steht. Es gebe genügend erfahrene Persönlichkeiten aus dem Osten, sagt Kowalczyk, die dann nachfolgen könnten: etwa Uwe Neumärker, Stiftungsdirektor des Holocaust-Mahnmals in Berlin. Oder die Kulturwissenschaftlerin Peggy Piesche.

Spekulationen wie diese kommentiert die Bundesregierung nicht. Ein offenes Geheimnis aber ist, dass Carsten Schneider auf die Wahl einer Ostdeutschen oder eines Ostdeutschen drängt. Denn Schneider hat die Bundesregierung erst vor wenigen Monaten dazu aufgefordert, mehr Mitarbeiter aus dieser Region zu befördern.

Reichen die geplanten 200 Millionen Euro?

Kenner staatlicher Bauprojekte würden diese Frage wohl nur mit einem verschmitzten »hiii« beantworten. Denn im kalkulierten Finanzrahmen bleiben solche Vorhaben selten. Die Kosten des Zukunftszentrums wurden veranschlagt, als es noch keine hohe Inflation gab, keine Energiekrise. Schon heute sprechen Abgeordnete davon, dass es teuer werden könnte. Oder schrumpft man die Pläne lieber? Um das zu verhindern, wurden von Beginn an auch andere Zahlen fixiert. Etwa dass das Haus 180 Mitarbeiter beschäftigen müsse. ANNE HÄHNIG

ANZEIGE


HIGHLIGHT


in der Weinregion Elbtal

Europas erstes Erlebnisweingut

Im sächsischen Elbtal liegt eine der kleinsten, aber auch schönsten und vielfältigsten Weinregionen Deutschlands – mit eindrucksvollen Terrassenweingebirgen, barocken Sehenswürdigkeiten und ausgezeichneten Genussmomenten. Den Weinreichtum Sachsens mit allen Sinnen entdecken, dazu lädt Schloss Wackerbarth als Europas erstes Erlebnisweingut jeden Tag ein. Der perfekte Ort für Liebhaber von Natur, Kultur und Genuss.

Schloss Wackerbarth
Wackerbarthstraße 1
01445 Radebeul
» www.schloss-wackerbarth.de





Beratung & Verkauf: AICON Business GmbH & Co.KG, Vincent Eisleben-Stephan, Tel. (0351) 81 166-26 v.eisleben-stephan@aicon-business.de